

Linke Tasche, rechte Tasche

– der Sparkurs der Großen Koalition ist unsinnig und unsozial – es geht auch anders

Von Thorsten Hild

„Deutsche Gründlichkeit“ macht auch nicht vor dem Sparen halt

Die Große Koalition hat sich etwas in den Kopf gesetzt: Bis spätestens 2011 soll der Bundeshaushalt ausgeglichen sein und ohne neue Kredite auskommen. Für Finanzminister Peer Steinbrück ist dieses Ziel so ausschlaggebend, dass er ein mögliches Scheitern mit „einem erheblichen Kompetenzverlust für die Regierung“ gleichsetzt. Da ist es nur folgerichtig, wenn er, wie zuletzt geschehen, Ministerinnen und Minister zur Ordnung ruft und ihnen droht, ihre Budgets bei den anstehenden Haushaltsberatungen gleich selbst festzusetzen, sollten diese weiter über die Strenge schlagen.

Die Bundeskanzlerin unterstützt ihren Kabinettskollegen. Und bei der Mehrzahl der Kommentatoren in den Medien gehört es längst zum guten Ton, den Sparwillen deutscher Finanzminister zu loben und immer wieder einzufordern. Wohl nirgends sonst in der Welt wird das Sparen so verherrlicht wie bei uns.

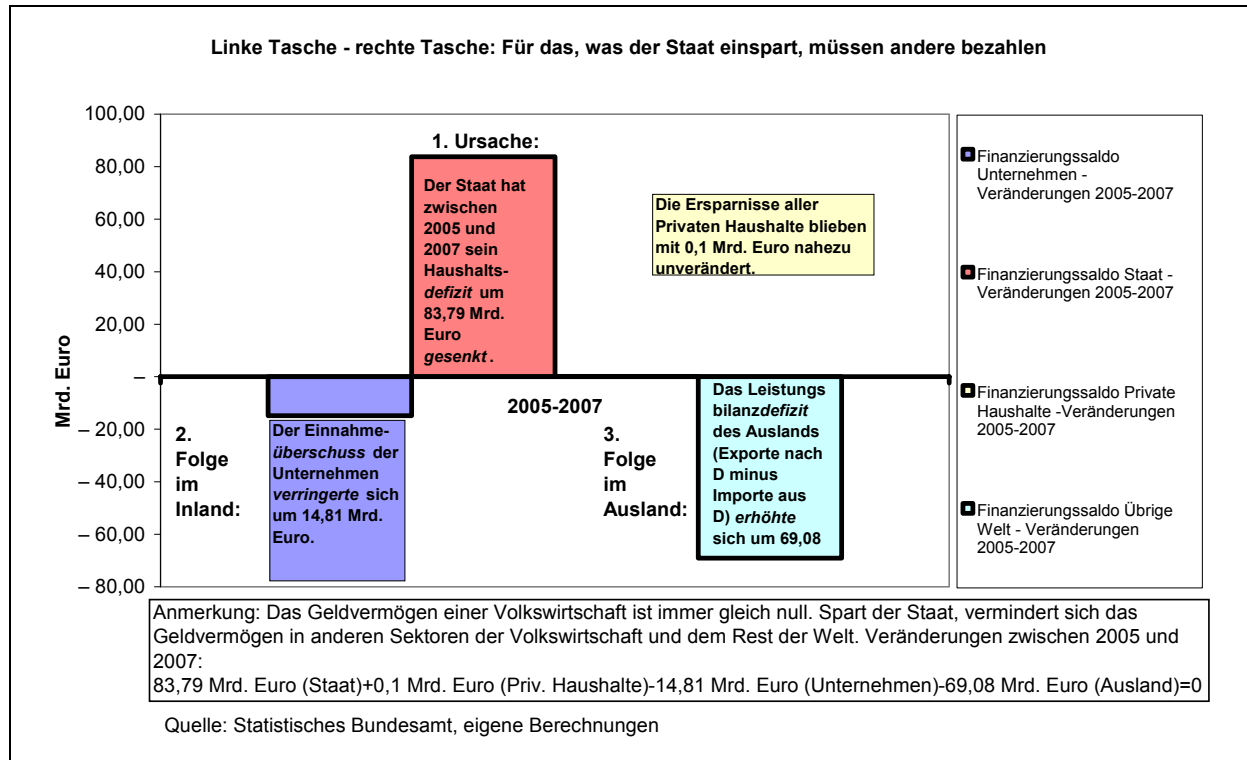
Und weil daher Sparen immer als richtig empfunden wird, darf es auch wehtun: „Die Mehrwertsteuererhöhung war doch nicht bequem. Die Abschaffung der Pendlerpauschale war doch nicht bequem. Die Abschaffung der Eigenheimzulage war doch nicht bequem. Dass Rentner drei Jahre lang eine Nullrunde hatten und im letzten Jahr eine sparsame Rentenerhöhung von 0,54 Prozent, das war doch nicht einfach.“ Mit diesen Worten *verteidigte* sich Kanzleramtsminister Thomas de Maizière in einem Interview des Deutschlandfunks gegen die Kritik des Moderators, die Große Koalition verteile – im Gegensatz zu Altkanzler Schröder mit seinen Agenda-Reformen – im Moment „Wohltaten“.

Kann denn aber Sparen richtig sein, wenn sich dadurch die Lebensbedingungen vieler Menschen verschlechtern?

Sparen à la Große Koalition

Sparen und die Folgen sind vielleicht am besten zu verstehen, wenn man die konkreten Maßnahmen heranzieht, mit denen die Regierung ihre Sparziele, den Bundeshaushalt zu sanieren und keine neuen Kredite mehr aufnehmen zu müssen, versucht zu verwirklichen. Nehmen wir also den Kanzleramtsminister beim Wort und greifen auf die Mehrwertsteuererhöhung, die Kürzung der Pendlerpauschale und die Streichung der Eigenheimzulage zurück.

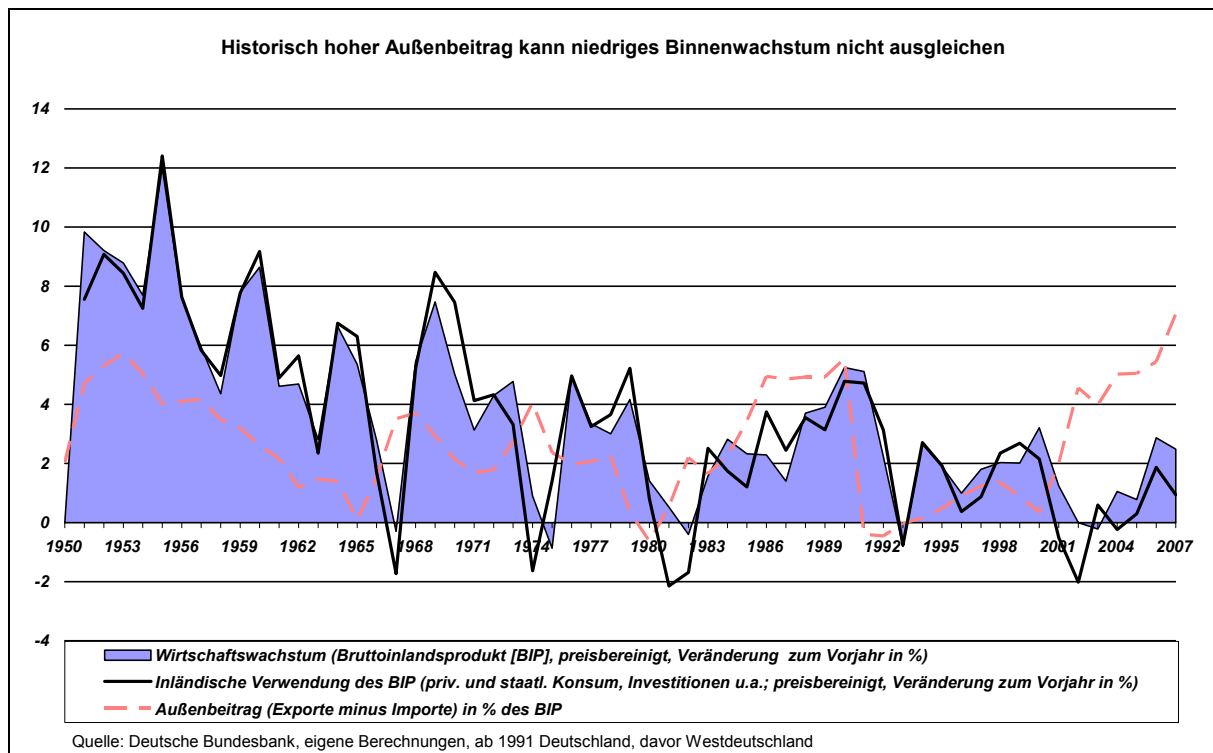
Mit der Mehrwertsteuererhöhung erhöht der Staat seine Einnahmen. Wenn der Finanzminister dafür Sorge trägt, dass diese Mehreinnahmen nicht wieder ausgegeben werden, er vielleicht sogar andere Ausgaben streicht oder kürzt, wie bei der Pendlerpauschale oder der Eigenheimzulage, dann *vergrößert* er seine *Einnahmen* gegenüber seinen *Ausgaben*. Um genau diesen Betrag steigt das Geldvermögen des Staates. Das Haushaltsdefizit geht zurück. Der Staat hat *gespart*.



Das gelingt ihm aber nur, weil die Privaten Haushalte, Unternehmen oder das Ausland für jeden Euro, den der Finanzminister weniger ausgibt als er einnimmt, einen Euro mehr ausgeben als sie einnehmen. Ihr Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben verringert sich entsprechend. In dieser Höhe verlieren sie ihr Geldvermögen an den Haushalt des Finanzministers.

Einmal angenommen, die Privaten Haushalte, Unternehmen und das Ausland würden sich weigern, entsprechend der Sparwünsche der Regierung ihren *Einnahme-/Ausgabe-Saldo* zu verringern: Die Wirtschaft stünde augenblicklich still. Natürlich wollen das die Beschäftigten und die Unternehmen nicht. Sie können sich solche Unvernunft auch gar nicht leisten. Sie müssen sich also mit den Einbußen abfinden, die ihnen Steinbrück mit seinen Ausgabenkürzungen und Einnahmesteigerungen zumutet. Zum Glück gibt es, Globalisierung sei Dank, die Möglichkeit, ins Ausland zu verkaufen. Und genau darin sind wir ja seit Jahren so erfolgreich, und das Ausland verschuldet sich redlich, um uns dies zu ermöglichen. Könnte das Sparziel des Finanzministers also vielleicht doch aufgehen? Die Antwort lautet: Nein. Denn nicht einmal unser jedes Jahr neue Rekorde aufstellende Exportüberschuss kann den Ausfall der inländischen Nachfrage ausgleichen. Das Wirtschaftswachstum steigt und fällt mit der Binnennachfrage. Daran konnten auch die historisch einmalig hohen Exportüberschüsse nichts ändern.

Vielleicht beginnt bei dem einen oder der anderen ja an dieser Stelle bereits der Thron zu wackeln, auf den unsere „Experten“ das Sparen und einen ausgeglichenen Haushalt gehoben haben. Und sei es nur aus Eigennutz. Denn viele haben aufgrund der maßgeblich durch die Mehrwertsteuererhöhung mitverschuldeten Preissteigerungen nun weniger Geld für Dinge und Unternehmungen übrig, die das Leben lebenswert machen. Das gilt umso mehr, wenn sie gleichzeitig noch von der Kürzung der Pendlerpauschale oder der Abschaffung der Eigenheimzulage betroffen sind, die ja ebenfalls den Sparanstrengungen der Großen Koalition geschuldet sind. Besonders hohe Kaufkraftverluste erlitten in den vergangenen Jahren die Rentnerinnen und Rentnern, weil auch die Berechnung der Renten dem Sparziel zuerst der rot-grünen Bundesregierung und jetzt der Großen Koalition untergeordnet wurde.



Des einen Freud, des anderen Leid

Und so sieht die Wirklichkeit aus: Das Haushalts*defizit* wurde in den vergangenen drei Jahren um sage und schreibe 83,79 Mrd. Euro *gesenkt*. Geringfügig mehr gespart haben auch die Privaten Haushalte (0,1 Mrd. Euro). Macht zusammen: 83,89 Mrd. Euro. Dafür ist der Einnahme*überschuss* aller Unternehmen in Deutschland um 14,81 Mrd. Euro *gesunken* und die übrige Welt hat Jahr für Jahr weniger Leistungen an Deutschland verkauft, als von dort bezogen; ihr Leistungsbilanz*defizit* gegenüber Deutschland *erhöhte* sich um 69,08 Mrd. Euro. Macht zusammen: 83,89 Mrd. Euro. Das Geldvermögen und die Veränderung des Geldvermögens – die Ersparnis – sind insgesamt immer gleich null. Und die Moral von der Geschichte? Sparen, ohne es gleich wieder auszugeben, lohnt sich nicht.

„Vermögenssteuer für Arme“

Natürlich sagen die gestiegenen Ersparnisse der Privaten Haushalte *insgesamt* nichts über die Situation der Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen aus.

Sie müssen wegen der Ausgabenkürzungen und der Mehrwertsteuererhöhung der Großen Koalition mit deutlich weniger Geld auskommen. Weil sie einen wesentlich höheren Anteil ihres Einkommens für Güter und Leistungen des täglichen Bedarfs – Nahrungsmittel, Fahrtkosten, Miete, Strom – ausgeben als Besserverdienende und Vermögende, sind sie von den Sparmaßnahmen der Großen Koalition besonders betroffen. Gleichzeitig hält sie die Regierung an, mehr private Vorsorge für das Alter zu treffen, zu „riestern“ und zu „rüruppen“, kurzum: zu sparen. Das sollen sie natürlich nur – hier beißt sich die Katze erneut in den Schwanz – weil der Staat weniger für die Rentnerinnen und Rentner ausgeben will. Gleichzeitig ließ die andauernde Umverteilung von unten nach oben – Lohndumping bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, steigende Einkommen aus Gewinnen und Vermögen auf der anderen Seite – die Reichen ihr Geldvermögen weiter ausbauen. Dadurch sind die Ersparnisse der Privaten Haushalte *insgesamt* gestiegen.

Und natürlich sind unter den Unternehmen – die die Große Koalition *insgesamt* um rund 15 Mrd. Euro erleichtert hat – auch viele kleinere und mittlere Betriebe, die nicht vom Exportboom der Bundesrepublik profitieren, weil sie für den Binnenmarkt produzieren. Andere, große Konzerne und vorwiegend exportorientierte Unternehmen, fahren aber riesige Gewinne ein, weil sie nicht nur erfolgreich die Löhne drücken konnten, sondern noch dazu durch die von der Großen Koalition beschlossene Senkung der Unternehmenssteuern entlastet wurden.

Die Lohndrückerei der Unternehmen und die Sparmaßnahmen der Regierung lähmen die Binnenkonjunktur. Das führt innerhalb des Unternehmenssektors ebenfalls zu einer Umverteilung von unten nach oben: von den häufig kleinen Betrieben, die für den Binnenmarkt produzieren, zu den mittleren Unternehmen und großen Konzernen, die auch exportieren.

Werden diese Auswirkungen berücksichtigt, kann man getrost feststellen, dass das Sparen des Finanzministers wie die Erhebung einer „Vermögenssteuer“ für Durchschnitts- und Geringverdiener, Rentnerinnen und Rentner und Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen wirkt. In dem Ausmaß, in dem die Sparmaßnahmen der Bundesregierung die Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger belasten, wird ihr Geldvermögen in den Etat des Finanzministers gespült.

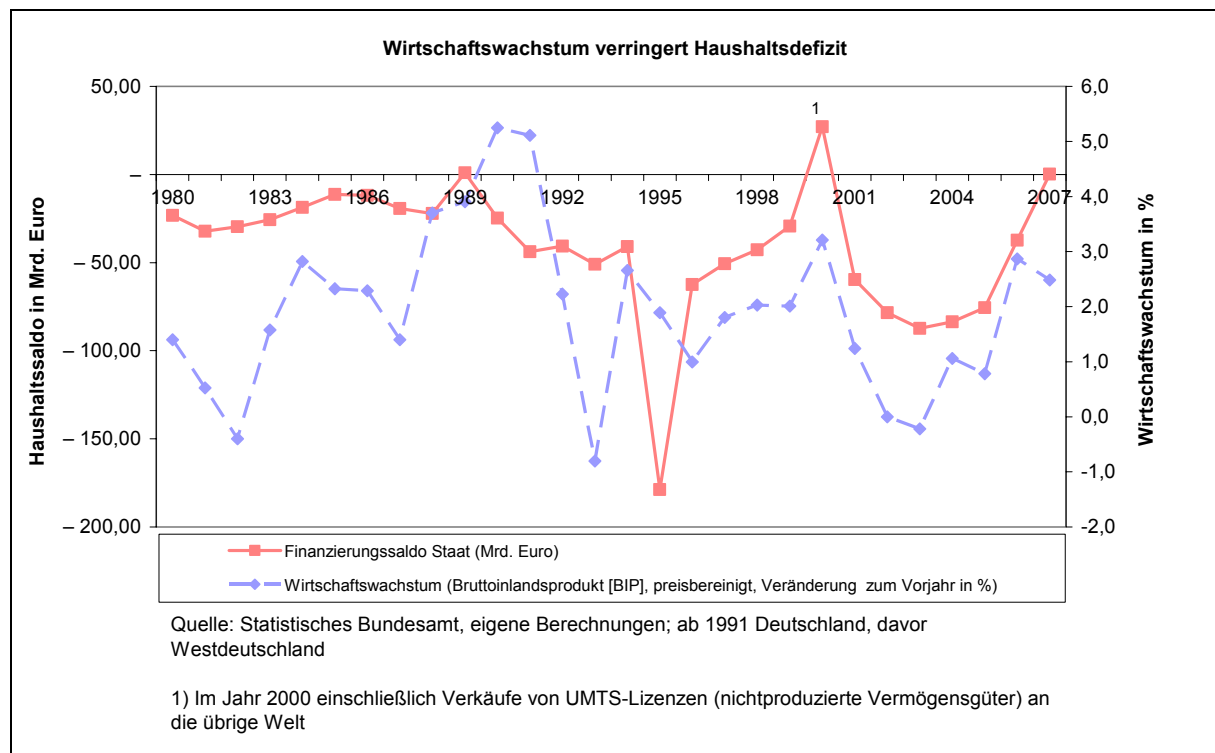
Davon will Volker Kauder nichts wissen. „Wenn jetzt nicht gespart wird, arbeiten die Jüngeren später die Schulden ab.“ Mit dieser Warnung meinte die Welt am Sonntag den Unions-Fraktionschef auf Sparkurs trimmen zu müssen. Der war natürlich gewappnet. Nachdem er erwartungsgemäß herausgestellt hatte, dass für ihn ein ausgeglichener Haushalt die zentrale Frage der Generationengerechtigkeit sei, schloss er sein Plädoyer für das Sparen mit dem Ausruf: „Was könnten wir uns nicht alles leisten, wenn wir nicht jährlich 40 Milliarden Zinsen tilgen müssten!“ Richtig ist leider: Gerade weil die Regierung alles daran setzt, möglichst bald keine Kredite mehr aufnehmen und tilgen zu müssen, können wir uns schon heute immer weniger leisten. Weil das Sparen die Entwicklung der Produktivität behindert und damit die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft schwächt, wird es den zukünftigen Generationen zudem schwerer fallen, die vorhandenen Schulden zu bedienen. Die Moral von dieser Geschichte: Die Union versteht das Sparen nicht.

Es geht auch anders – Sparen à la Keynes

Eine ganz andere Auffassung zum Sparen vertrat der berühmte, in Deutschland aber angefeindete und als „überholt“ angesehene Ökonom John Maynard Keynes. Im Januar 1933 brachte er seine Sicht über das Sparen in einer Diskussion mit einem Direktor der Englischen Notenbank für den Rundfunksender BBC mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Eine Ersparnis kann nur *einen* Zweck haben, nämlich den, sie durch eine andere, bessere und klügere Ausgabe zu ersetzen.“¹

Im Gegensatz zu den Ökonomen und „Experten“, die in Deutschland die öffentliche Meinung bestimmen, war der große Theoretiker Keynes noch an der Lösung praktischer Probleme interessiert. Das war damals wie heute die hohe Arbeitslosigkeit. Und auch die damalige englische Regierung kämpfte, wie die deutsche Regierung heute, gegen ein Budgetdefizit. Dass der englische Zentralbankchef Keynes in nichts nachstand, zeigt seine Antwort auf ihn: „Worum es uns tatsächlich geht, ist also, dass zu viel gespart wird, falls die Kürzung der öffentlichen Ausgaben nicht durch zusätzliche persönliche Ausgaben aufgewogen wird. Schließlich ist Sparen normalerweise nichts als eine andere Art von Ausgabe...Sparen bedeutet mehr Ziegelsteine, und Ausgeben bedeutet mehr Schuhe.“ Und Keynes: „Genau, das ist der ganze Punkt. Solange nicht jemand das Sparkapital für Ziegelsteine oder dergleichen verwendet, werden die produktiven Mittel vergeudet, und Sparen ist nicht mehr nur eine andere Art von Ausgeben...“

Unser Finanzminister und mit ihm die ganze Große Spar-Koalition aus CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN, Sachverständigen und Wirtschaftsweisen, erfreuen sich also daran, „produktive Mittel“ zu vergeuden – und werden dafür von den meisten Kommentatoren und „Experten“ auch noch gefeiert!



¹ John Maynard Keynes, On Air, Der Weltökonom am Mikrophon der BBC, Hamburg 2008

Dabei sinkt das Haushaltsdefizit immer dann wie von selbst, wenn die „produktiven Mittel“ in möglichst vollem Umfang beschäftigt werden. Das setzt voraus, dass das Wirtschaftswachstum angemessen ist.

Die „produktiven Mittel“ sind alle Erwerbstätigen plus die Arbeitslosen plus die Ausrüstung, mit denen sie ihre Leistungen erbringen. Sie werden nicht voll beschäftigt, wenn der Finanzminister spart und damit die Binnenkonjunktur lähmt. Deswegen, bitte, bitte, liebe Experten, lieber Finanzminister! Lassen Sie das Sparen sein und investieren Sie in die Zukunft! Nur das ist „generationengerecht“! Keynes nannte die damaligen Sparanstrengungen der englischen Regierung „eine nationale Kampagne zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit.“ Und forderte: „Bringen wir die Arbeitslosigkeit in Ordnung, dann regelt sich die Budgetfrage von allein.“ Wie zeitgemäß und „modern“ es doch sein kann, einmal zurückzuschauen.

www.wirtschaftundgesellschaft.de